

Beschluss

Klausurtagung des CDU Landesvorstands

1. und 2. April 2022

Berlin-Pakt für eine stabile und bezahlbare Energieversorgung

Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat unmittelbare und gravierende Auswirkungen für die Berliner Energiepolitik. 50 bis 60 Prozent des Erdgases im Berliner Netz werden aktuell aus Russland bezogen. Tankstellen und Ölheizungen in der Region werden zu 90 Prozent mit russischem Öl versorgt. 85 Prozent der in Berlin nach wie vor zur Energieerzeugung eingesetzten Steinkohle stammt aus Russland. Insgesamt deckt Berlin nach wie vor 94 Prozent seines Energiebedarfs aus fossilen Quellen – entsprechend hoch ist die Abhängigkeit von russischen Lieferungen. Sich aus dieser Abhängigkeit so schnell und weitreichend wie möglich zu befreien, ist nicht nur klimapolitisch geboten, sondern in Anbetracht der russischen Verbrechen gegen die Menschen in der Ukraine auch in jeder Hinsicht zwingend. Jeder Euro, der aus Berlin nach Russland fließt, um Putins Anschlag auf die europäische Friedensordnung zu finanzieren, ist für uns ein Euro zu viel.

Der Weg aus der energiepolitischen Abhängigkeit und die Sicherung der Energieversorgung erfordern einen politischen Kraftakt. In einem ersten Schritt ist unverzüglich ein zwischen Berlin und Brandenburg abgestimmter Notfallplan zu entwickeln, um auf einen Stopp russischer Energielieferungen bestmöglich vorbereitet zu sein. Die Energiesicherheit der Berlinerinnen und Berliner muss in diesem Fall ebenso gewährleistet sein wie die Bezahlbarkeit der Energieversorgung. Es sind außerdem Vorkehrungen zu treffen, um die Berliner Wirtschaft und hunderttausende Arbeitsplätze in der Region zu schützen, die von Versorgungssicherheit und bezahlbarer Energieversorgung abhängen.

Die CDU Berlin schlägt einen „Berlin-Pakt für eine stabile und bezahlbare Energieversorgung“ vor, um diese Herausforderungen kurz- und langfristig zu meistern:

Berlin-Pakt für eine stabile und bezahlbare Energieversorgung

Krisenstab: Der Senat muss unverzüglich einen Krisenstab bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe einsetzen, um die Situation der Berliner Energieversorgung laufend zu bewerten und Vorbereitungen für eine Eskalation der Lage zu treffen. Es sind unverzüglich Szenarien für eine mögliche Verknappung der verfügbaren Energie zu erarbeiten und mit den relevanten Akteuren der Daseinsvorsorge und der Berliner Wirtschaft abzustimmen.

Notfallplan: Der Senat ist aufgefordert, , in Zusammenarbeit mit der Bundesnetzagentur alle Maßnahmen der energieerzeugenden Unternehmen unserer Region zur Bevorratung mit den für die Aufrechterhaltung der

Funktionsfähigkeit der Stadt erforderlichen Brennstoffen zu unterstützen. Soweit hierfür zusätzliche Infrastruktur erforderlich ist, erwarten wir vor dem Hintergrund der aktuellen Lage unbürokratische Genehmigungen und eine beschleunigte Umsetzung. Der Bundesgesetzgeber muss dringend den rechtlichen Rahmen dafür schaffen, zur Vermeidung eines Versorgungsnotstands erforderliche Energie-Infrastruktur im Eilverfahren zumindest vorläufig zu genehmigen. Gesetze und Verordnungen des Landes Berlin, die diesbezügliche Entscheidungen hemmen, gehören umgehend auf den Prüfstand. Da in Anbetracht der Netzinfrastruktur die insbesondere ostdeutsche Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen in kurzer Zeit kaum zu reduzieren ist, darf auch eine vorübergehende Reaktivierung von Kraftwerken zur Energieerzeugung aus Kohle oder der verlängerte Betrieb sicherer Atomkraftwerke in Deutschland kein Tabu sein. Auch hier muss der Gesetzgeber Vorsorge treffen, damit hierfür ggf. erforderliche Genehmigungen schnellstmöglich erteilt werden können. Wenn und soweit Berliner Betriebe aufgrund einer energiepolitischen Notlage in ihrer Existenz bedroht sind, ist zur Sicherung der Beschäftigung umfassende finanzielle Unterstützung nach dem Vorbild der Pandemiehilfen zu gewähren.

Energiesparkampagne: Der Senat soll gemeinsam mit den Wohnungsanbietern und Berliner Unternehmen unverzüglich eine stadtweit wirksame Kampagne vorbereiten, um auf die Notwendigkeit und Möglichkeiten der Verringerung des eigenen Gasverbrauchs hinzuweisen und dafür zu werben.

Vom fossilen Gas zum klimaneutralen Gas: Berlin wird Gas auch zukünftig als wichtige Energiequelle benötigen. Deshalb muss alles dafür getan werden, fossiles Erdgas so schnell wie möglich durch klimaneutrales Gas – also synthetisches Gas aus erneuerbaren Quellen – zu ersetzen. Mit Hilfe des Power-to-Gas-Verfahrens kann Strom aus erneuerbaren Energien in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas umgewandelt und im Erdgasnetz gespeichert werden und bei Bedarf klimaneutral zurück in Strom verwandelt oder als Kraftstoff für Brennstoffzellen- bzw. Erdgasautos genutzt werden. Die Power-to-Gas-Technologie in der Region muss zielgerichtet gefördert und ein Marktrahmen für klimaneutrale Gase mit der hierfür nötigen Infrastruktur geschaffen werden. Berlin muss innerhalb der nächsten 2 Jahre gemeinsam mit Wissenschaft und Unternehmen eine Elektrolyseur-Pilotanlage entwickeln. Die Forschung zu den Herstellungsverfahren der verschiedenen Wasserstoffarten sollte ein neuer Schwerpunkt auch für Berliner Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen werden.

Wasserstoffstrategie für Metropolregion Berlin-Brandenburg entwickeln: Die Metropolregion Berlin-Brandenburg muss zum weltweiten Vorreiter einer urbanen Wasserstoffnutzung werden. Da die Klimaverträglichkeit von Wasserstoff von seiner Herstellungsquelle abhängt, setzen wir mittel- und langfristige auf grünen Wasserstoff aus erneuerbarer Energie. Hierfür werden wir in Zusammenarbeit mit

den Berliner Energieunternehmen und dem Stadtwerk die notwendigen Kapazitäten in neuen Kraftwerks-Projekten aufbauen. Die Forschung in diesem Bereich werden wir massiv fördern und die Start-Up-Szene zur Ermittlung neuer Anwendungsgebiete in dieses Vorhaben integrieren. Wir werden gemeinsam mit den Netzbetreibern wie der Gasag prüfen, ob und unter welchen Umständen Wasserstoff in den Leitungsnetzen in ganz Berlin transportiert werden kann.

Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen: Gemeinsam mit den betroffenen Versorgern muss der Senat einen Fahrplan zum Umbau des Berliner Wärme- und Gasnetzes, der Speicheranlagen und der gasbetriebenen Anlagen auf Wasserstoff und alternative Energieträger erarbeiten. Zur Versorgungssicherheit mit Wärme und heißem Wasser müssen insbesondere die auf Kraft-Wärme-Kopplung basierenden Wärmenetze ausgebaut und auf nachhaltiges Biogas und auf Wasserstoff ausgerichtet werden. Die Kapazität existierender Anlagen sollte kurzfristig verdoppelt werden, damit möglichst viel erneuerbare Energie für Nah- und Fernwärme sowie Industrie erzeugt werden kann. Ergänzt werden soll die Energiegewinnung durch die Nutzung von Biomasse, Restholz aus Brandenburg oder Abwärme aus der Müllverbrennung.

Geothermie-Potenzial heben: Berlin könnte mehr als ein Drittel seines Wärmebedarfs aus Geothermie decken – ein bislang vollständig vernachlässigtes Potential. Damit möglichst viele Investoren und Immobilien-Besitzer auf diese klimaneutrale und platzsparende Technologie umsteigen, braucht Berlin ein für jedermann zugängliches geowissenschaftliches Fachinformationssystem mit Wärmeleitfähigkeitsangaben, um aussagekräftige Daten zur Wärmeleitfähigkeit und damit zum Potential des Untergrundes für Geothermie zu erhalten. Hamburg hat dazu bereits ein umfangreiches Bohrarchiv über den jeweils zu erwartenden geologischen Aufbau des Untergrundes. Damit wird mehr Planungssicherheit bei der Auslegung von geothermischen Heiz- oder Kühlsystemen (Erdwärmesonden, -kollektoren usw.) geschaffen. München und Hamburg haben Pilotprojekte für Tiefen-Geothermie, die bis zu 5.000 Haushalte mit Wärme versorgen können. Das Berliner Fernwärmenetz eignet sich hervorragend, um auf diese moderne, klimaschonende Technologie umzusteigen. Der Senat hat dieses Thema bislang verschlafen. Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, dass dies ein neuer Schwerpunkt unserer Klimapolitik wird.

Berlin zur Solarcity machen: Das Solargesetz muss schnellstmöglich novelliert werden, um den Anteil an Solardächern im öffentlichen und privaten Gebäudebereich bis zum Ende der Legislaturperiode mindestens zu vervierfachen. Hierfür setzen wir auf die Förderung von Solardächern beim Neubau und der Dachsanierung im Bestand und auf die konsequente Errichtung von Solarmodulen und Solarspeichern bei öffentlichen Bestandsgebäuden. Eine Mehrbelastung von Mieterinnen und Mietern ist auszuschließen. Aus diesem Grund sollten

insbesondere Contracting-Modelle forciert werden. Auch Fassadenflächen müssen zukünftig für die solare Energieerzeugung genutzt werden. Gerade die Öffentliche Hand muss hier vorangehen und darf sich nicht mit Ersatzlösungen aus der Verantwortung herausnehmen. Berliner Unternehmen haben große Potenziale auf Logistikflächen, Industriedächern sowie bspw. innerstädtischen Orten wie Parkplätzen vor Einkaufszentren und Supermärkten, wo Parkplatzflächen mit Photovoltaik-Anlagen partiell überdacht werden können. Die so gewonnene elektrische Energie kann zum Laden für Elektrofahrzeuge genutzt werden. Dieses Potenzial kann Berlin noch deutlich besser nutzen. Damit auch Mieterinnen und Mieter zu Akteuren der Energiewende werden, muss der Senat ein Sonderprogramm zur Förderung von Mieterstrommodellen auflegen.

Bürokratische Hürden für Energieerzeugung senken: Mieterstromprojekte sind ein wertvoller Beitrag zur dezentralen Energiewende in der Mieterstadt Berlin. Sie müssen ausgebaut und fortentwickelt werden. Auch viele Firmen haben den Wunsch, mehr Energie (Strom, Wärme, Kälte) selbst zu produzieren und diese zu nutzen. Auf Bundesebene muss endlich Sorge dafür getragen werden, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Energieerzeugung verbessert und bürokratisch entschlackt werden.

Genossenschaftsmodelle für Stromerzeugung fördern: Lokale Genossenschaftsmodelle zur Stromerzeugung in unserer Stadt müssen viel stärker gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der finanzielle Nutzen der Erzeugung grünen Stroms spürbar steigt.

Offensive für energetische Sanierungen: Mit der energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude übernimmt das Land Berlin eine wichtige Vorbildfunktion. Die landeseigenen Gebäude müssen in den Bereichen Energieeffizienz, Nutzung regenerativer Energiequellen, Klimaschutz und nachhaltiges Bauen für den gesamten Gebäudebestand vorbildhaft sein. Um zu vermeiden, dass Modernisierungen Mieterinnen und Mieter belasten, sprechen wir uns für eine Offensive zur Förderung energetischer Modernisierungen durch das Land Berlin aus.

Landesprogramm zur Förderung von umweltfreundlichen Heizungen: Um die Wärmewende auch in unserer Stadt voranzutreiben, braucht es ein auskömmliches Landesprogramm zur Förderung von umweltfreundlichen Heizungen. Mit einem zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 25 Prozent zu den im Rahmen der Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude geförderten Kosten schafft Berlin eine zusätzliche Dynamik in der Berliner Wärmewende. Für den Zeitraum von drei Jahren soll das Land Berlin darüber hinaus den Zuschuss der KfW für die Anschaffung oder den Einbau von Blockheizkraftwerken verdoppeln. Auch der Einbau von Luftwärmepumpen muss vom Land gefördert werden.

Berliner Energieagentur stärken: Die Berliner Energieagentur muss mit dem Ziel gestärkt werden, Privatpersonen, Kommunen und Unternehmen intensiv zu beraten über Maßnahmen und Strategien für mehr Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sowie hinsichtlich der vielfältigen Förderungsangebote in diesem Bereich.

Berliner Energiesicherheitskonzept entwickeln: Berlin benötigt über die aktuelle Krise hinaus ein umfassendes Energiesicherheitskonzept. Dieses ist unverzüglich mit den Betreibern der kritischen Infrastruktur zu erarbeiten. Dazu gehören für uns insbesondere auch Unternehmen der Datensicherheit.

Elektromobilität fördern: Wir werden die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität in allen Berliner Bezirken ausbauen. Bis zum Ende des Jahres 2023 sollen in jedem Bezirk 1.000 zusätzliche Ladestationen installiert werden. Insbesondere von der Möglichkeit von Ladestationen an Straßenlaternen muss Berlin endlich umfassend Gebrauch machen. Auch Batteriewechselstationen können zur weiteren Verbreitung der Elektromobilität beitragen, insbesondere im Bereich der Taxiflotte.